
9898/J XXVII. GP

Eingelangt am 23.02.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Edith Mühlberghuber
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend die gerichtliche Einforderung ausständiger Kirchenbeiträge

Oft kommt es vor, dass Personen vor ihrem Austritt längere Zeit keine Beiträge an die römisch-katholische Kirche mehr entrichten.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Justiz folgende

Anfrage

1. In wie vielen Fällen wurden im Jahr 2021 von der römisch-katholischen Kirche Kirchenbeiträge gerichtlich eingefordert?
2. Wie hoch war die Summe der gerichtlich eingeforderten Beiträge?
3. In wie vielen Fällen wurden im Jahr 2021 ein Exekutionsverfahren eröffnet?
4. In wie vielen Fällen wurden im Jahr 2021 von der römisch- katholischen Kirche Kirchenbeiträge gerichtlich eingefordert?
5. Wie hoch war die Summe der gerichtlich eingeforderten Beiträge?
6. In wie vielen Fällen wurde im Jahr 2021 ein Exekutionsverfahren eröffnet?